Wählerschreck Klimaschutz

Warum der Klimawandel im Bundestagswahlkampf keine Rolle spielte. Von Christian Hofmann

Als eine »Parallelwelt« bezeichnete Fridays for Future Deutschland den gerade zu Ende gegangenen Bundestagswahlkampf: »eine Welt, in der es keine Klimakrise mehr gibt«. Und richtig: Vergleicht man die vergangenen beiden Bundestagswahlkämpfe, so scheint der Unterschied zunächst frappierend. Immerhin wurde 2021 noch eine »Klimawahl« ausgerufen. Die Grünen wurden seinerzeit von einer starken Klimabewegung befeuert und gingen mit dem Anspruch ins Rennen, die nächste Regierung anzuführen. Ihrer damaligen Kanzlerkandidatin Baerbock wurden dabei zeitweise echte Chancen ausgerechnet. Noch im September 2021 forderte sie eine »Klimabundesregierung aus ganzer Kraft«. Daraus wurde bekanntlich nichts. Dass nur drei Jahre später das Wort Klimaschutz von eigentlich allen Parteien weitgehend vermieden wird, ist aber doch bemerkenswert. Schließlich hat sich die Klimakrise verschärft und auch an Extremwetterereignissen mangelte es zuletzt nicht. So war 2024 das wärmste Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Es war auch das erste, in dem die globale Durchschnittstemperatur 1,5 Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau lag. Das viel beschworene 1,5-Grad-Ziel ist damit faktisch Geschichte. Doch der Aufschrei blieb aus, in der Politik, in der Öffentlichkeit, in den Medien.

Und doch gab es Anfang 2025 zumindest eine Meldung, die so gar nicht ins Bild zu passen scheint. Eine repräsentative Umfrage hat ergeben, dass die Mehrheit der Deutschen von der nächsten Bundesregierung nach wie vor mehr Klimaschutz erwartet. Ganze 70 Prozent sehen laut Umfrageergebnis zudem die Vorteile der Energiewende und lehnen fossile Rückschritte ab. Man möchte fassungslos den Kopf schütteln. Obwohl die Deutschen mehr Klimaschutz wollen, wird dieses Thema im Wahlkampf ausgeklammert? Ein großes Missverständnis? Ein mediales Totalversagen?

Leider nicht. Was auf den ersten Blick widersprüchlich erscheint, lässt sich durchaus schlüssig erklären. Tatsächlich ist der vermeintliche Widerspruch kein neues, sondern ein altes Phänomen. Nach drei turbulenten Jahren Ampelregierung tritt das Dilemma nur deutlicher zutage. Schon 2021 konnten die Grünen mit 14,7 Prozent zwar das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte verbuchen, landeten aber dennoch weit abgeschlagen auf dem dritten Platz. Schon damals zeichnete sich folgende Grundstimmung ab: Der Klimawandel wird als großes Problem wahrgenommen und den Grünen eine hohe Kompetenz in diesem Bereich zugeschrieben. Andererseits ist die Sorge um steigende Lebenshaltungskosten nicht unbegründet. Klimapolitik ist also wichtig, aber sie soll nichts kosten und den Lebensstil möglichst nicht einschränken.

Obwohl die Grünen bereits im Wahlkampf 2021 versucht hatten, diese Stimmung aufzugreifen und letztlich Klimaschutz ohne Zumutungen versprachen, ging die Rechnung nicht ganz auf. Das zeigte nicht nur das damalige Wahlergebnis, sondern auch der Koalitionsvertrag, auf den sich die Ampelregierung anschließend einigte und der das Anliegen der Mehrheit gut widerspiegelte. Die selbsternannte »Fortschrittskoalition« aus SPD, Grünen und FDP versprach vergleichsweise hohe Klimaziele mit mehr sozialer Gerechtigkeit und mehr Geld für die Digitalisierung. Diese Dreierkombination stieß auf enorme Zustimmung und sorgte für eine regelrechte Aufbruchstimmung. So startete die Ampel-Koalition – man hat es fast vergessen – damals mit herausragenden Umfragewerten von 56 Prozent Zufriedenheit.

Die tatsächliche Entwicklung der letzten drei Jahre verlief dann aber so, wie man es hätte erahnen können und wie Ansätze einer wirtschaftsfreundlichen Umweltpolitik unter dem Diktat der Gewinnmaximierung schnell enden, zumal bei weltweit steigender Energienachfrage. Es gab wenig Klimaschutz, aber deutlich steigende Preise. Zwar wurde der Ausbau erneuerbarer Energien forciert, gleichzeitig aber mit der neuen LNG-Infrastruktur die fossile Abhängigkeit verlängert. Die außenpolitischen Erschütterungen, allen voran der Krieg in der Ukraine, beschleunigten und verstärkten diesen bereits absehbaren Trend. Die Inflation, vor allem die explodierenden Energiepreise, führten dann zu Unsicherheit und Unzufriedenheit in weiten Teilen der Bevölkerung, die durch die einsetzende Rezession noch verstärkt wurden. Zuletzt rutschte die für Deutschland so wichtige Automobilindustrie in die Krise und machte mit Massenentlassungen von sich reden. Während Teile der Bevölkerung weiter verarmten, machten sich andere, nicht unberechtigt, große Sorgen.

Der gesellschaftliche Kipppunkt war bereits mit der Heizungsdebatte im Frühjahr 2023 erreicht. Das kommunikative Versagen der Regierung beflügelte die Sorgen weiter Bevölkerungsteile dabei zusätzlich. Die Angst, sich die geplanten Maßnahmen finanziell nicht leisten zu können, gewann die Oberhand. Die Hoffnung, dass die Ampelregierung den Klimaschutz schmerzfrei durchsetzen würde, schwand, und die Stimmung kippte. Die politische Rechte nahm die Steilvorlage auf. In trauter Eintracht mit dem Hause Springer konnte der »Heizungshammer« erfolgreich ausgeschlachtet werden. Die Zustimmungswerte für die Ampelregierung stürzten ins Bodenlose, wo sie bis zum Ende der Regierungszeit verharrten. Die Umfragewerte der AfD stiegen dagegen steil an. Dieser Aufschwung stand in einem klaren Zusammenhang mit dem Thema »Energie-, Umwelt- und Klimapolitik«, das in den Umfragen gleich nach »Zuwanderung« genannt wurde. Bereits im Mai 2023 nannte jeder zweite AfD-Anhänger dieses Thema als eines der wichtigsten für seine Wahlentscheidung.

Seit dem Frühjahr 2023 geben nun AfD und »Bildzeitung« den Ton an. Zumindest Teile der FDP und des neu gegründeten BSW liebäugelten nun sogar mit der AfD-Linie der Leugnung des Klimawandels. Soweit wollten die Unionsparteien nicht gehen, ließen aber auch keine Gelegenheit zum Grünen-Bashing

aus und geißelten etwa das Heizungsgesetz oder das »Verbrennerverbot« als »ideologische Klimapolitik«. Das neue Zauberwort hieß Technologieoffenheit. Dass es die neuen Technologien, die die Klimakrise lösen sollen, noch gar nicht gibt und es sich dabei um eine Chimäre handelt, wagte kaum noch jemand öffentlich auszusprechen. Wer auch? Die Klimabewegung hatte sich durch ihre NGOisierung und ein De-facto-Bündnis mit den Grünen aufgerieben. Sie hatte es versäumt, sich als eigenständiger Akteur zu positionieren. Die Räumung von Lützerath, die Aufgabe der Sektorziele und die Aufweichung des Klimaschutzgesetzes führten nur bei einem kleinen Teil der Bewegung zu einer Radikalisierung. Die Kamikazeaktionen der Letzten Generation waren dafür der deutlichste Ausdruck, zeugten aber auch von der Aussichtslosigkeit der Lage. So wurden die »Klimakleber« ungewollt zum Symbol für die Niederlage der Klimabewegung.

Die Sorgen der Menschen mögen sich in der Rangfolge der Nennungen verschoben haben, aber das grundsätzliche Anliegen der Mehrheit hat sich nicht geändert. Nach wie vor will man »mehr Klimaschutz«, aber ohne steigende Kosten. Unter den gegebenen Rahmenbedingungen dürfte dieser Wunsch eine unlösbare Aufgabe bleiben. Die Ampel wurde dafür abgestraft, diesen Wunsch nicht erfüllt zu haben. Die gängigen Vorstellungen einer grünen Transformation wurden zum Synonym für mehr soziale Ungerechtigkeit und Klimaschutz in diesem Sinne zum Wählerschreck. Das Klima war also im Wahlkampf nicht abwesend, sondern als Problem steigender Energie- und Produktionskosten omnipräsent. Eine noch industriefreundlichere Klimapolitik soll nun noch deutlicher auf wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Um diesem Grundtenor Rechnung zu tragen, entdeckten die Grünen jüngst die CO2-Speicherung für sich, und ihr Kanzlerkandidat Habeck stellte auf einem Industriegipfel Ende 2024 sogar kontrafaktisch den Kohleausstieg zugunsten der Versorgungssicherheit in Frage. Doch mit Blick auf die gesellschaftliche Stimmung machten die Unionsparteien am Ende das bessere Angebot. »Wir stellen alle Abgaben auf den Prüfstand«, versprachen sie in ihrem Wahlprogramm. »Ideologiefrei und technologieoffen« sollte es dadurch schnell und spürbar »zu bezahlbarer Energie« kommen. Gleichzeitig verpflichtete sich die Union allerdings auf das Ziel der Klimaneutralität bis 2045.

Man muss kein Hellseher sein, um zu wissen, dass die Union mit diesem Programm ebenso scheitern wird wie zuvor die Ampel. Die sozialen und ökologischen Verwerfungen dürften sich rasch verschärfen. Fatalerweise konnten in Deutschland zuletzt vor allem Rechtsradikale von Verunsicherung und Ängsten profitieren. Ihr nihilistisches Programm besteht letztlich darin, die Augen vor dem drohenden Unheil zu verschließen und sich hinter Mauern zu verbarrikadieren. Tatsächlich dürfte es auf dem Boden dieser Gesellschaft eng werden, sowohl was soziale, als auch ökologische Spielräume anbelangt.

Eine sozial-ökologische Perspektive, die die wertproduzierende Arbeit ins Zentrum der Kritik rückt, könnte den gordischen Knoten durchschlagen. Es müsste dabei sowohl um den Warencharakter der Lohnarbeit gehen, als auch um die erdrückenden Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung, die den Wunsch nach Ersatzbefriedigung mit scheinbar grenzenlosen Konsumbedürfnissen in sich tragen. Es bleibt abzuwarten, ob sich die Linkspartei nach ihrer Wiederauferstehung in eine solche Richtung entwickeln wird. Statt industriefreundlichem Klimaschutz müsste sie ein ökosozialistisches Programm entwickeln, das die Profitmaximierung ins Visier nimmt. Letztlich müsste es darum gehen, die Menschen zu erreichen, die die Leidtragenden der bisherigen Politik sind. Tausende neue Mitglieder und die erfolggekrönten Haustürgespräche sind immerhin ein guter Ausgangspunkt für ein solches Unterfangen. Es wäre höchste Zeit.

Picture Alliance/Pic One/Stefan Müller

Wo sie Recht hat, hat sie Recht: Klima-Märtyrerin Carla Hinrichs bei Protesten der Letzten Generation vor dem Hotel Adlon im November 2024 in Berlin

Christian Hofmann veröffentlichte gemeinsam mit Philip Broisted *Planwirtschaft: Staatssozialismus, Arbeitszeitrechnung, Ökologie* (Promedia, 2022, 14,90 Euro) sowie *Goodbye Kapital* (Papyrossa, 2020, 12,90 Euro)